

# Pressemitteilung

12. Juli 2022

Landesregierung muss handeln und schnelle Maßnahmen ergreifen

## Einkommensarmut: Familien jetzt stärker entlasten

**Hannover. Immer mehr Familien mit Kindern gelten als armutsgefährdet. Das zeigen Zahlen des Instituts Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. So hat das Armutsrisiko von Paaren mit drei oder mehr Kindern von 2011 bis 2021 um über neun Prozent zugenommen. Angesichts dieser alarmierenden Zahl fordert der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen ein entschlossenes Eingreifen der Landesregierung und schnelle Änderungen in den Bereichen Wohnen und Bildung sowie die sofortige Umsetzung einer Kindergrundsicherung.**

Immer mehr Familien mit drei oder mehr Kindern haben zu wenig Geld zum Leben. Seit 2011 steigt die Zahl der Betroffenen kontinuierlich an. „2021 galten fast ein Drittel dieser Familien als arm. Man kann sagen: Kinder sind in diesem Fall ein Armutsrisiko. Das darf in einem reichen Land wie Deutschland nicht sein“, kritisiert Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Von der niedersächsischen Landesregierung fordert er deshalb schnelles Handeln: „Steigende Mieten machen mittlerweile vielen Menschen zu schaffen – und ganz besonders Familien mit mehreren Kindern. Wohnkosten dürfen nicht zum Armutsrisiko werden“, so der niedersächsische SoVD-Chef. Die Politik müsse für genügend bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum sorgen – zum Beispiel durch die Stärkung von kommunalen Anbietern und Genossenschaften.

Aus Sicht des Verbandes müssten betroffene Familien zudem besser informiert werden. „Aus unserem Beratungsalltag wissen wir, dass Familien Anspruch auf verschiedene Leistungen haben. Häufig wissen sie aber gar nicht, was ihnen zusteht. Das gilt insbesondere für Familien mit behinderten oder pflegebedürftigen Kindern“, so der niedersächsische SoVD-Chef. Hier müsse es zentrale Anlaufstellen geben. Auch kostenfreie Kultur-, Sport- und Freizeitangebote seien wichtig. Darüber hinaus müsse die Kindergrundsicherung sofort eingeführt werden, um Kindern aus Familien mit geringem Einkommen die bestmögliche Teilhabe zu ermöglichen.